

## „Nicht in die Steinzeit zurückkehren“



Die Ablehnung der neuen Landesregierung gegenüber PPP-Projekten überrascht mich nicht. Baden-Württemberg hat sich schon immer schwergetan zu glauben, die freie Wirtschaft könne preiswerter oder gar besser arbeiten als die Verwaltung. Nur die Geschwindigkeit, mit der diese Festlegung getroffen wurde, irritiert mich ein wenig. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass angesichts der Kassenlage unserer Länder PPP und die Privatisierung von Infrastrukturnetzen ein richtiger Weg sind. Mittelstandsfreundlich ausgestaltet, stellen PPP-Projekte ein bewährtes Mittel dar, um eine kontinuierliche Auslastung der Betriebe und preiswerte und zweckdienliche Lösungen bei der öffentlichen Infrastruktur zu erzielen. Leider hat es Tradition, den Investitionsbedarf des Gesamtverkehrswegeplans zu ignorieren und die Bauinfrastrukturinvestitionen als Steinbruch für die maroden Kassen zu nehmen. Ein „Musterland für demokratische Teilhabe“ soll Baden-Württemberg werden. Unter anderem, indem die Hürden für Volksbegehren gesenkt werden. Ich kenne kein anderes Land auf dieser Welt, in dem so viele Bürgerbeteiligungen, Nachbarschaftsanhörungen und Formalitäten vor dem Bau einer Straße erfüllt werden müssen. Ein Volksbegehren, in dem emotionale Begehrlichkeiten darüber entscheiden, ob es technischen Fortschritt gibt oder nicht, ist Gift für ein Land wie das hoch entwickelte, Technologie führende Baden-Württemberg. Wer die Hürden für Volksbegehren senkt, muss wissen, dass wir damit in die technische Steinzeit zurückkehren.